

**Zeitschrift:** Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens

**Herausgeber:** [s.n.]

**Band:** 6 (1964)

**Artikel:** Graubünden im schweizerischen Bundesstaat

**Autor:** Metz, Peter

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-971713>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Graubünden im schweizerischen Bundesstaat

Von Peter Metz

Vor Jahresfrist, am 27. September 1962, erfuhr bei der Ersatzwahl in den Bundesrat der offiziell portierte Bündner Dr. Ettore Tenchio eine beklagenswerte Niederlage, indem an seiner Stelle der Walliser Bonvin erkoren wurde. Ähnliches begegnete auch schon andern Kandidaten. Ja, der Zufall will, daß ausgerechnet der letzte Bündner, der dem Bundesrat vor mehr als vierzig Jahren angehören durfte, Dr. Felix Calonder, ein Jahr vor seiner Wahl eine gleiche Abfuhr erlitt, indem Calonder damals zugunsten von E. Schultheß übergegangen wurde. Doch fand dann die Bundesversammlung wenigstens im folgenden Jahr 1913 für gut, Dr. Calonder zu berücksichtigen. Man darf beinahe sagen, sie sei ob den Qualitäten des tüchtigen Bündners darum nicht herumgekommen.

In der Politik sind derartige Widerwärtigkeiten und Niederlagen nichts Ungewöhnliches, und es kommt ihnen auch keine weittragende Bedeutung zu, wennschon der ungünstige Wahlakt vom 27. September 1962 in unserem Kanton einen kleinen Schock und eine Anwandlung von Mißmut und öffentlicher Enttäuschung bewirkte. Solches darf indessen nie Dauer haben, und so wollen wir denn das zurückliegende Ereignis zum Anlaß nehmen, um einmal einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und dem oft sonderbaren Verhältnis zwischen unserem Kanton und dem schweizerischen Bundesstaat seit 1848 einige Betrachtungen zu widmen. Eine derartige Rückschau darf in mehr als einer Hinsicht Interesse bieten, nicht zuletzt deshalb, weil die Beziehungen zwischen Graubünden und der Eidgenossenschaft seit Gründung des Bundesstaates ganz verschiedene Phasen durchmachten. Perioden eines glücklichen gegenseitigen

Einvernehmens wechselten mit Zeitläufen ab, da Graubünden und der Bund nicht besonders gut harmonierten. Und in der politischen Entwicklung wiederum ergab sich, daß zu gewissen Zeiten das Klima in Graubünden ein wesentlich anderes war als im Bund, daß man in Chur und in Bern das Heu nicht auf der gleichen Bühne hatte. Man kann auf Grund eines politisch-geschichtlichen Rückblickes mit andern Worten erkennen, daß, um ein Zitat Lüthys abzuwandeln, die Uhren Bündens mitunter ganz anders gingen als jene im Bundeshaus. Daraus ergaben sich nicht wenige Schwierigkeiten. Unser Kanton hat während Jahrhunderten ein selbständiges staatliches Schicksal erlebt, genoß die stolze Unabhängigkeit eines Freistaates, aber erfuhr auch die Not und den Verlust aller seiner Rechte. Das alles hat den Charakter Bündens bis in unsere Tage geformt und ihm das Wesen eines besonderen Gebildes verliehen. Wie dieses einst stolze und dann bitter arme Bünden seinen Weg als Glied des Bundesstaates gegangen ist, was Bünden an Gutem und weniger Angenehmem dabei erfahren hat, das aufzuzeigen oder wenigstens zu skizzieren kann einige Beachtung verdienen.

Aber noch etwas anderes wollen wir nebenher ins Auge fassen, nämlich welchen Anteil in personeller Hinsicht Graubünden als eidgenössischer Stand bei der politischen Entwicklung des Bundes genommen hat, welche Bündner seit 1848 auf der eidgenössischen politischen Tribüne maßgebend in Erscheinung getreten sind. Das ist nicht nebensächlich. Denn auch wenn wir im politischen Bereich in erster Linie Bündner sind und sich hier in den Grenzen unseres Kantons die politischen Dinge für uns unmittelbar abspielen, so sind wir doch auch Schweizer und damit beteiligt an dem,

was in Bern politisch läuft. Und nicht neben-sächlich, sondern brennend wichtig muß für uns Bündner sein, den Anteil unserer Landsleute am eidgenössischen Geschehen zu verfolgen und zu beurteilen. Derartige Männer, die auf der Ebene des eidgenössischen Bundesstaates politisch wirken konnten, haben deshalb eh und je die besondere Achtung des Bündner Volkes genossen, weil sie eine Stufe erreichen konnten, die nur wenigen, gewissermaßen den politisch Auserwählten vergönnt ist, wobei aus ihrer Tätigkeit nicht zuletzt für ihren Heimatkanton mitunter das eine und andere herausgeschaut haben mag.

\*

Die Schaffung des Bundesstaates von 1848 bildet, wie wir wissen, das Werk des Liberalismus, und zwar, wie sofort beizufügen ist, des kämpferischen, radikalen Liberalismus, der keine Hemmungen und keinen Pardon kannte, um sein politisches Ziel gegen alle Widerstände durchzufechten. Maßgebende Kampfräume der Radikalen, ihr politisches Aufmarschgebiet gewissermaßen, bildeten die liberalen Kantone, die in den dreißiger Jahren regenerierten, vorab Zürich, Bern, Aargau, St. Gallen. Graubünden aber gehörte nicht zu ihnen. Weder hatte unser Kanton in den Jahren nach 1830 eine maßgebende Regeneration erfahren, noch bekannten sich die in unserem Kanton wirkenden Liberalen zu den radikalen Forderungen ihrer Freunde im Unterland. Die Erinnerung an allzu harte Auseinandersetzungen, welche ihrer bündnerischen Heimat in früheren Zeiten tiefe politische Wunden geschlagen hatten, mochte die Bündner Liberalen zu einem zurückhaltenden Kurs bestimmt haben, unter ihnen vor allem den damals jungen P. C. v. Planta. «Fortschritt in der Mäßigung» lautete seine Parole, die er auch in den harten Auseinandersetzungen der Sturmjahre 1842 bis 1848 stets fort hochhielt. Und selbst Johann Rudolf Brosi, der in jenen Tagen als radikaler Kämpfer galt und politisch großes Gewicht besaß, gerierte sich alles andere denn kämpferisch, als es galt, in den eidgenössischen Auseinandersetzungen, die zur Schaffung des Bundesstaates führten, nun wirklich Farbe zu bekennen. Ja,

es wurde ihm später gerne vorgeworfen, er sei als Mitglied der Regierung im Sonderbundskrieg leisetreterisch verfahren. Nein, wirklich, Graubünden war in den Jahren des Entstehens unseres Schweizer Bundesstaates alles andere denn ein Revoluzzergebiet. Maßhalten hatte man in der jahrhundertelangen eigenen Landesgeschichte als notwendiges Rezept kennen gelernt. Als dann am 20. August 1848 über die neue eidgenössische Bundesverfassung hierzulande abgestimmt wurde, und zwar nicht in einer allgemeinen Volksabstimmung, sondern in den einzelnen Gerichtsgemeinden, die damals noch die eigentlichen Träger des politischen Geschehens bildeten, da herrschte keine einhellige Begeisterung für das Neue, sondern deutliches Mißtrauen. Wenn das Abstimmungsresultat mit 55 zu 11 Gerichtsstimmen gleichwohl auf Annahme der neuen Bundesverfassung lautete, so sicher gerade deswegen, weil sich die im Kanton wirkenden liberalen Kämpfer nicht radikal verhalten, d. h. kein politisches Geschirr zerschlagen hatten.

\*

So trat denn unser Kanton zwar als überwiegend liberal gesinnter eidgenössischer Stand in Erscheinung, der aber einem übertriebenen Radikalismus abhold war. Da aber andererseits sich die Schöpfer des Bundesstaates vorerhand noch sehr kämpferisch betätigten, den erfochtenen Sieg benutzen wollten, um ihre Ideen weiter zu treiben, kam unserem Kanton in jener Periode von 1848 bis 1874 die Rolle eines politisch eher konservativen Standes zu, dessen Vertretern damals im politischen Geschehen keine große Wirkungsmöglichkeit gegeben war. Die bedächtigen, politisch toleranten Bündner wurden von den radikal sich gebärdenden, zentralistisch gesinnten Unterländern reichlich scheel angesehen. Und so ist denn in jener Periode des radikal-kämpferischen Liberalismus kein Bündner in den obersten eidgenössischen Rängen zu finden. Doch gleichwohl ist hier eines Mannes zu gedenken, der gerade damals, wenn auch als Außenseiter, auf eidgenössischem Boden eine außergewöhnlich starke Stellung einnahm und der unter andern Voraussetzungen wohl der erste Bünd-

ner im Bundesrat geworden wäre. Wir meinen *Andreas Rudolf v. Planta*, Samedan. Planta, geboren 1819, besaß die Gaben und Eigenschaften eines großen Politikers: Weitsicht, Tatkraft, hinreißende Beredsamkeit, umfassende juristische und volkswirtschaftliche



Andreas Rudolf v. Planta

Kenntnisse; er verfügte, kurz gesagt, über seltene staatsmännische Fähigkeiten. In seinem Herzen war er überzeugter Liberaler. Aber er legte Wert und Gewicht auf aufbauende Arbeit, bloße politische Stürmerei war ihm ein Greuel. So finden wir denn Planta Anno 1850 im kleinen Kreis der Gründer einer eidgenössischen liberalen Zeitung, die auf den Namen «Der Bund» getauft wurde. Die Schaffung dieses politischen Organs als Plattform der fortschrittlichen liberalen Ideen erwies sich als überaus wertvoll. Die Zeitung verstand es, sich zur Geltung zu bringen. Sie erscheint heute noch als maßgebendes freisinniges Blatt in Bern, und während Jahrzehnten blieben in Nachfolge Plantas und des ersten bündnerischen Chefredaktors des «Bund», Karl v. Tscharners, manche bedeutende Köpfe aus

Graubünden mit diesem Blatt verbunden, zuletzt die Schöpfer unseres Calvenfestspiels, der Safier Michael Bühler und der Prättigauer Georg Luck. Doch, um auf Planta zurückzukommen, so finden wir dessen politische Kraft in vielen Auseinandersetzungen jener Jahre. Er befürwortete eine eidgenössische Universität, kämpfte für eine integrale Rheinkorrektion, für Wasserverbauungen im Hochgebirge, für einen umfassenden Straßenbau, forderte schon damals weitsichtig die Nutzbarmachung der Wasserkräfte als Grundlage für eine moderne Industrialisierung, postulierte früh die Untertunnelung der Alpen durch eine Bahn und dergl. In anderen Fragen betätigte er sich freilich ebenso als Gegner herrschender Strömungen. Vor allem wandte er sich gegen eine Entrechtung und Entmachtung der Kantone. Planta war ein betonter Föderalist und blieb es bis zuletzt. Er tanzte damit aus der Reihe seiner zentralistisch eingestellten Freunde aus dem Unterland. Im Jahre 1865 wurde ihm als erstem Bündner die Ehre zuteil, den Nationalrat zu präsidieren. In seiner Rede, mit welcher er sein Präsidialjahr antrat, bekannte er sich zu einer umfassenden Ausgestaltung der Volksrechte, ohne welche durch die zunehmende Zentralisierung eine Entrechtung des Bürgers zu befürchten sei. Weil die Verfassungsrevision von 1872 das obligatorische Referendum nicht vorsah, bekannte er sich denn als Gegner des Revisionswerkes und blieb bei dieser Gegnerschaft auch zwei Jahre später. Es gab für ihn in der Politik keine Kompromißlerei. Vor allem war er ein leidenschaftlicher Bündner und erkannte schon früh mit staatsmännischem Blick die Gefahren, welche sich für die schwachen Kantone aus einer zunehmenden Verlagerung des politischen Gewichtes nach den Industriekantonen ergeben mußten. Sein «Bettlerstolz» bäumte sich auf gegen die politische Macht der «Industriebarone», und als erster postulierte Planta schon vor hundert Jahren die Notwendigkeit einer rechtlichen Gleichstellung der schwachen Kantone mit den starken. Wichtig, hinreißend setzte er sich für das von ihm richtig Erkannte ein und bekämpfte das in seinen Augen Falsche. Er war

ein Volkstribun seltener Prägung, ohne sich in eine Schablone pressen zu lassen. Bis zuletzt blieb Planta der eigenwillige Bündner. Nach seinem Ableben im Jahre 1889 widmete ihm der schweizerische Blätterwald ehrende Nachrufe. Namentlich in der Westschweiz blieb sein Kampf für die Rechte des Volkes und das Eigenleben der Kantone lange unvergessen, und das «Journal de Genève» schrieb über ihn nach seinem Ableben:

«Unter seinen schönen weißen Haaren schien er noch voll Kraft und Jugend. Man konnte ihn nicht hören, ohne zu staunen über den Umfang seiner Kenntnisse. Er war ein außergewöhnlicher Redner, der in reinstem Deutsch und mit Feuer sprach und die Fragen mit unbestritten Autorität und Sachkenntnis erörterte und nötigenfalls seine Gegner mit unerbittlicher Logik erdrückte. Selbst seine politischen Gegner ließen seinem Talent und seinem Charakter volle Gerechtigkeit widerfahren. Sie erkannten in ihm einen Parlamentarier von seltener Befähigung.»

So war es unter der Führung Plantas mit der eidgenössischen Rolle Bündens in jener Epoche bestellt: unser Kanton betätigte sich bei aller liberalen Haltung, die das Volk mehrheitlich bekundete, doch gegenüber den eidgenössischen Strömungen als konservativ, namentlich als betont föderalistisch.

Bevor wir im weiteren den Blick auf die nächste Epoche der eidgenössischen Politik werfen, die im Jahre 1874 ihren Anfang nahm und etwa bis 1890 dauerte und die gekennzeichnet war durch den weiteren Ausbau des Staates, haben wir noch zweier Männer zu gedenken, die zu Beginn der siebziger Jahre als Beamte in die eidgenössischen Dienste traten und dabei Hervorragendes leisteten. Beim ersten handelt es sich um *Adolf Salis-Soglio*, der im Jahre 1871 als eidgenössischer Oberbauinspektor gewählt wurde, nachdem er zuvor während 17 Jahren bündnerischer Kantonsoberingenieur gewesen war. Mit dem Namen Adolf Salis bleibt der Erlaß des eidgenössischen Wasserbaupolizeigesetzes und gestützt darauf der Beginn der groß geplanten Wildbachverbauungen und Flußkorrekturen verbunden, namentlich der überaus wichtigen Rhein-, Rhone- und Juragewässerkorrektionen. Die fruchtbare Wirksamkeit des hochangesehenen Bündners, der in maßgebender Zeit auch die

Grundlagen für eine aufbauende schweizerische Wasserwirtschaftspolitik schuf, wurde im Jahre 1891 durch seinen Tod abgebrochen.

Zwei Jahre nach Salis aber trat ein weiterer Bündner in die Dienste der Eidgenossenschaft, nämlich *Dr. Johann Coaz*, ein gebürtiger Churer. Coaz wurde im Jahre 1873 als eidgenössi-



Dr. Johann Coaz

scher Oberforstinspektor gewählt und verblieb an diesem hochwichtigen Posten bis ins Jahr 1913, in welchem er sein 93. Altersjahr erfüllte. Von welch einmaliger Vitalität dieses Mannes zeugt allein schon seine Amtsduer! Aber vital war auch die Amtsführung selbst, deren sich Coaz beftliß. Der Erlaß des eidgenössischen Forstgesetzes und die grundlegende Förderung der Waldwirtschaft kennzeichnen die bedeutende Aera Coaz, und nicht minder eindrucks- voll war die wissenschaftliche Arbeit, die der verehrte Altmeister in seiner langen Wirksamkeit leistete und die aus dem schweizerischen Forstwesen selbst heute nicht mehr wegzudenken ist.

\*

Doch kehren wir zurück zu den politischen Verhältnissen, die für Graubünden auch nach 1874 recht wenig erfreulich waren. Verloren war inzwischen der Kampf um die internationale Nordsüd-Verbindung im Eisenbahnbau, um die kein Stand während Jahrzehnten so unentwegt gerungen hatte wie unser Kanton. Graubünden war nunmehr durch den Gotthard aus dem Feld geschlagen. Das Anno 1878 verabschiedete Ostalpenbahngesetz, das eine eidgenössische Beitragsleistung in der Höhe von 4½ Millionen Franken an eine zukünftige bündnerische Alpendurchtunnelung vorsah, bedeutete einen späten und mageren Trost und bildete eher ein Memento für die erlittene Niederlage denn ein echtes Hilfsversprechen. Verloren war mit der erstrebten Nordsüd-Verbindung die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung Bündens, namentlich eine rasche Entwicklung des Fremdenverkehrs, der schon damals in Bünden zwar erfreuliche Ansätze zeigte, aber ohne Verkehrsanschluß zu stagnieren drohte. Die Landwirtschaft, noch immer die Hauptsäule der bündnerischen Volkswirtschaft, aber machte Krisenzeiten durch, und Versuche auf Einführung einheimischer Industrien führten nur in seltenen Ausnahmefällen über das Stadium von bescheidenen Anfangserfolgen hinaus. So herrschten allenthalben Mutlosigkeit und Bedrückung.

Diese eher düstere Stimmung beschattete damals auch das politische Geschehen. Die bündnerischen Liberalen hatten Mühe, dem Stimmvolk die Segnungen des zentralistischen Bundesstaates anzupreisen. Was alles seit 1848 vereinheitlicht worden war (Maß und Gewicht, Münzwesen, Zollwesen, Post usw.), bedeutete wohl Fortschritt, aber greifbare wirtschaftliche Folgen waren damit in Bünden vorderhand noch nicht sichtbar. Gegenteils hatte in unserem Kanton beispielsweise die Ablösung der bisherigen Zölle und die Art der Schadloshaltung zu verbreiteter Mißstimmung geführt, die der politischen Wirksamkeit des bisher hochangesehenen J. R. Brosi empfindlichen Schaden zufügte und wahrscheinlich ein frühzeitiges Ausscheiden dieses bedeutenden Mannes aus der Politik herbeiführte. Denn Brosi als

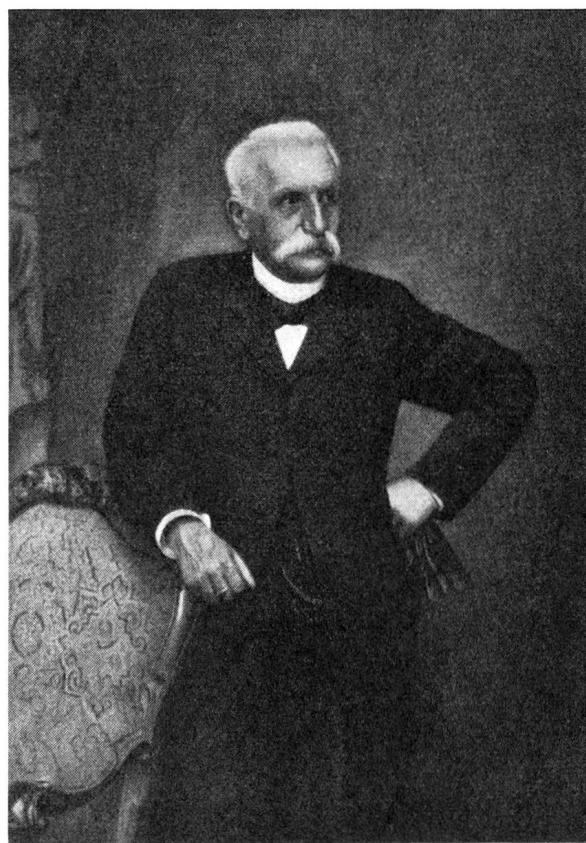
bündnerischem Vertreter für den Abschluß des Zollablösungsvertrages mit der Eidgenossenschaft wurde mangelnder Einsatz und Erfolg zum Vorwurf gemacht.

So erlebten also die Liberalen vorderhand in Bünden kein ausgesprochen günstiges Klima für die Entfaltung ihrer Ideen, und im Jahre 1874 finden wir denn bezeichnenderweise auch keinen Bündner im Vordergrund des eidgenössischen Geschehens. Der bereits früher genannte Andreas Rudolf v. Planta, Samedan, hatte schon 1869 auf sein Nationalratsmandat verzichtet und trat erst 1876 wieder in Bern in Erscheinung, und zwar nunmehr als ausgesprochener Opponent gegen die im Bundeshaus herrschende Strömung. Einzig bei der Wahl des neuen Bundesgerichtes, das durch die Verfassung des Jahres 1874 kräftig ausgestaltet worden war, kam ein Bündner zu Ehren, nämlich *Gaudenz Olgiati* von Poschiavo, der 1874 als erst Achtunddreißigjähriger in den damals neunköpfigen eidgenössischen Gerichtshof ehrenvoll berufen wurde. Während achtzehn Jahren versah Olgiati dieses wichtige Amt mit Auszeichnung. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die bundesgerichtliche Rechtsprechung zu einer überaus bedeutungsvollen Kraftquelle des eidgenössischen Bundesstaates geworden ist. So hat das Bundesgericht als Garant der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger eine Praxis entwickelt, die für das öffentliche Recht der Schweiz von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist. Ohne das unabhängige Richterkollegium in Lausanne hätte unser demokratischer Rechtsstaat nicht jenes Ansehen sich erwerben können, das er heute in der ganzen Welt besitzt. Jeder Staat ist aber letzten Endes, das wissen wir heute mehr denn je, nur das wert, was seine Justiz es ist. Und so freuen wir uns, daß unser Kanton im Jahre 1874 mit Gaudenz Olgiati seinen Beitrag zur Besetzung des ersten Richterkollegiums im eben neu geschaffenen Bundesgericht leisten konnte. In den Jahren 1885/86 versah Olgiati das Präsidium des Gerichtshofes.

Damit aber sind wir dem Gang der Entwicklung vorausgeilett, und wir kehren zurück zur

Feststellung, daß die siebziger Jahre für Graubünden selbst, politisch gesehen, nicht besonders ergiebig waren. In Bern regierten noch immer mit bedenklicher Ausschließlichkeit die zentralistisch orientierten Radikalen, während in Graubünden mit gleicher Beharrlichkeit die Fahne des konservativen Föderalismus hochgehalten wurde. Im Bundeshaus, namentlich im Nationalrat, wurde von den Liberalen strenge Parteidisziplin geübt (wennschon die eigentliche Gründung einer radikalen Fraktion erst im Jahre 1878 erfolgte), in Bünden aber fehlte es an jeder Parteiorganisation, und namentlich die Anhänger des liberalen Fortschrittes waren in verschiedene Lager aufgesplittet, die sich gegenseitig befehdeten. So verwundert nicht, daß das politische Gewicht Bündens in Bern damals recht unbedeutend war. Und doch war im Bundeshaus bündnerischer Einfluß vorhanden, ausgeübt von Männern, die Ansehen und Einfluß genossen. Den Namen Alfred v. Plantas, Samedan, haben wir wiederholt genannt. Und es ist jetzt an der Zeit, zweier weiterer bündnerischer Politiker zu gedenken, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die obersten Sprossen der eidgenössischen Stufenleiter erklimmen. Beim ersten handelt es sich um *Simon Bavier*. Sechs Jahre jünger als Planta, war Bavier ganz anderer Wesensart als dieser. Man ist versucht, zu sagen, Planta sei der geborene Politiker gewesen, Bavier aber der aus Pflichtgefühl gewordene. Seine Neigungen lagen im technischen Bereich, und gemäß seiner Ausbildung als Ingenieur trat er schon mit 19 Jahren in die Dienste des Kantons, wo er im großen Straßenbauer Richard La Nicca einen verehrten Vorgesetzten fand. Es folgten unter dessen starkem Regime harte und erfolgreiche Jahre im kantonalen Dienst, den der erst Sechsundzwanzigjährige dann aber schon 1851 quittierte, um in Fideris, der Heimat seiner Mutter, der privaten Tätigkeit zu obliegen. Sie führte Bavier mehr und mehr in den Bahnbau hinein, und er wurde zu einem der initiativsten Verfechter der damals schwebenden Bahnprojekte, die zum Teil ihn als geistigen Urheber hatten. Seine persönlichen Geschicke waren mit allen diesen Unter-

nehmungen und zahlreichen andern verwoben, und am eigenen Leib erfuhr Bavier neben Erfolgen die harten Schläge der nicht minder zahlreichen Fehlschläge. Nebenher hatte schon in Fideris die Politik von ihm den Tribut gefordert, indem er sich für die vom Heimatkreis zu vergebenden Ämter fast zwangsläufig zur



Simon Bavier

Verfügung stellen mußte. Später, als Bavier in Chur wirkte, gingen weitere Rufe an ihn, denen er mehr aus Pflichtgefühl denn aus politischem Eifer folgte. Von 1863 weg wirkte er als Nationalrat, und während 15 Jahren hielt ihm der Wahlkreis die Treue, eine für die damalige Zeit sehr seltene Erscheinung. In Bern rechnete er sich trotz seiner liberalen Grundhaltung zum ganz kleinen Grüpplein der «Wilden», die keiner Partei sich verpflichtet fühlten. In seinen Lebenserinnerungen bekennt Bavier mit betontem Stolz, er habe sich stets seine Unabhängigkeit bewahrt, und weder durch Vorstellungen noch Versuchungen sei

er je bestimmt worden, sich einer festen Gruppierung anzuschließen. «Heute stimmte ich mit dieser, morgen mit jener Partei», schreibt er. Aber Bavier war eine zu kraftvolle Persönlichkeit, als daß er sich mit einer bloßen Stimmabgabe begnügt hätte. Wiederholt griff er bei wichtigen Landesfragen in die Debatte ein und verstand dann, mit größtem Einsatz zu kämpfen. Er scheute den Kampf auch dann nicht, wenn ihm auf verlorenem Posten zu fechten bestimmt war. Derartige Männer, unkonventionelle «Wilde», sind damals so notwendig gewesen, wie sie es auch heute noch und zu jeder Zeit sind. Denn sie und nicht die folgsamen Jasager, bilden die Träger eines echten Parlamentarismus. Aber im jungen Bundesstaat, vor achtzig Jahren, stand die Persönlichkeit noch erheblich höher im Kurs als heute, und Gestalten eines Bavier genossen trotz ihrer Einzelgängerei bedeutendes politisches Ansehen. Darüber hinaus gewann Bavier durch sein zuvorkommend-nobles Wesen und seine lautere Geissinnungsfestigkeit Freundschaften in den obersten Regionen. Namentlich der damalige Bundesrat Heer war sein Förderer. Solche Verbindungen trugen Bavier wichtige Landesmissionen ein, denen er sich mit Geschick und Tatkraft unterzog. Unvergessen ist u. a. die Art, wie Bavier in den strubben Siebzigerwirren, die im Kanton Tessin wüteten, dort die Ruhe und Ordnung wieder herstellte, wobei er überlegene Diplomatie ebenso sehr wie starke Gradlinigkeit an den Tag legte. Solche Erfolge vermehrten sein politisches Gewicht. Und als sein Freund Heer im Dezember 1878 im Bundesrat ersetzt werden mußte, fiel der Vorschlag auf den politischen Einzelgänger Bavier, der schon im ersten Wahlgang zum Nachfolger auserkoren wurde, Zeichen der Wertschätzung und des persönlichen Ansehens, das der Bündner in allen Reihen genoß. So kam die Wahl unseres ersten Landsmannes in den Bundesrat zu stande, auf wenig spektakuläre, dafür aber solide Art. Das gab es also damals noch: daß die Wahl eines Tüchtigen, der außerhalb der Parteischablone stand, in den Bundesrat möglich war, während unter den Segnungen der modernen Parteiarithmetik die Freiheit des Par-

lamentes wenigstens noch darin besteht, einen inoffiziellen dem offiziellen Fraktionskandidaten vorzuziehen. So ändern sich die Zeiten, die politischen Gebräuche und Sitten. Im Kanton aber herrschten Hochstimmung und Freude in allen Lagern. Leider reichte Bavier freilich die Kraft nicht aus, um die schon damals schwere Bürde lange zu tragen. In den Jahren 1879 und 1880 versah er das Finanzdepartement, und dann wechselte er in das ihm zusagende Post- und Eisenbahndepartement über. Schon das Jahr 1882 war sein Präsidialjahr, und das politische Geschick wollte es, daß ausgerechnet in seine Präsidialzeit die Eröffnung der Gotthardbahn fiel. Das damit verbundene internationale Fest sah Bavier im Vordergrund des turbulenten Geschehens, und obwohl Bavier als Splügenbahnverfechter durch den Gotthard die größte Niederlage seines Lebens erfahren hatte, unterzog er sich seiner Gastgeberrolle bei den Gotthardfeierlichkeiten mit größter Meisterschaft. Damit aber beschloß er sein politisches Wirken. Schwere Familiensorgen hatten seine Gesundheit untergraben, so daß er sich zur Demission entschloß und auf den Beginn des Jahres 1883 den ruhigeren Posten des schweizerischen Gesandten in Rom übernahm. Dort vertrat er mit großem Geschick noch bis zum Jahre 1895 die Interessen seines Landes und verstarb dann bald nach seiner Rückkehr in die Heimat am 27. Januar 1896. Die kraftvoll-eigenwillige Gestalt dieses bedeutenden Bündners lebte noch lange in der politischen Erinnerung des Kantons fort.

\*

Das nämliche Jahr 1878, das Bavers Wahl in den Bundesrat gebracht hatte, bedeutete aber noch für einen zweiten Bündner den Höhepunkt seiner politischen Karriere: in der Dezembersession der Bundesversammlung wurde *Florian Gengel* als erster Bündner mit dem Präsidium des Ständerates betraut. Es hatte also in der Ständekammer seit 1848 immerhin 30 Jahre gebraucht, um einem bündnerischen Vertreter zu dieser Ehre zu verhelfen. Daß das Los auf Florian Gengel fiel, verwundert jedoch nicht. Denn trotz seiner Jugend-

lichkeit (Gengel war zweiundvierzigjährig, als er im Jahre 1874 erstmals in den Ständerat delegiert wurde) besaß er ein ausgezeichnetes Profil. Nach solider juristischer Ausbildung betätigte sich der junge Churwaldner vorerst in der «Advokatei», wie der Bündnerische Staatskalender die Berufsgattung der praktizierenden Rechtsanwälte damals bezeichnete. Ob Gengel als Advokat Erfolg hatte, kann heute nicht mehr ermessen werden. Ein freundliches Geschick pflegt über dergleichen Betätigungen rasch den Schleier des Vergessens auszubreiten. Große Befriedigung scheint Gengel jedenfalls in der Rechtspflege nicht erfahren zu haben. Denn bald wandte er sich dem Journalismus zu. Und bezeichnenderweise verdiente er sich darin die ersten Sporen am «Bund», der seit den Tagen Alfred v. Plantas noch immer das maßgebende liberale Blatt des eidgenössischen Freisinns war. Am «Bund» aber fanden gerade junge Bündner damals stets offene Türen. Dann kehrte Gengel von Bern nach Chur zurück und gründete hier Anno 1868 neu den «Freien Rätier». Ein liberales Blatt dieses Namens hatte 20 Jahre früher, nach einer fünfjährigen Periode, während welcher es unter der tüchtigen Federführung P. C. Plantas sich behaupten konnte, sein Erscheinen eingestellt. Florian Gengel erweckte dieses alte liberale Erbe zu neuem Leben und gab dem «Freien Rätier» nicht nur eine solide Grundlage, sondern drückte ihm den Stempel seiner regsame Tüchtigkeit auf. Das Blatt hatte bald Zug und mit ihm sein Redaktor. Der Journalismus, neben allen anderen Reizen, die er ausübt, besitzt zwei namhafte Vorzüge: er bildet das sicherste Sprungbrett für künftige wie auch den dankbaren Pfuhl für ausgediente Politiker. So wurde denn Gengel schon sechs Jahre nach Beginn seiner redaktionellen Tätigkeit, ohne daß ihm andere politische Ämter aufgebürdet worden wären, Anno 1874 in den Ständerat gewählt, und lediglich eine vierjährige Zugehörigkeit zur Ständekammer genügte, um ihm zum Präsidium dieser hochansehnlichen Kammer zu verhelfen. Wahrlich, eine einmalig steile Erfolgskurve, die sicher für Gengel spricht. Aber interessant: das Präsidialjahr des

Ständerates bildete für Gengel auch gleich den einsamen Kulminationspunkt seines politischen Wirkens: schon im Jahre 1880 wurde er vom damals launenhaften Großen Rat nicht mehr nach Bern delegiert. Und als in unserem Kanton auf den 1. Januar 1881 die Volkswahl der bündnerischen Vertreter im Ständerat eingeführt wurde, herrschte in Bünden wieder einmal ein konservatives Klima, was mit sich brachte, daß zwei konservative Ständeräte erkoren wurden, die sich dann glücklich während eines vollen Jahrzehntes auf ihren Sitzen halten konnten. Es handelte sich um die Herren P. C. Romedi und Remigius Peterelli, der erstere von Madulain, der andere aus dem schönen Oberhalbstein, beide miteinander befreundet und in Bern unzertrennlich und beide hoch in den Jahren, als sie in Bern unentwegt ihre Unentbehrlichkeit demonstrierten.

Für Florian Gengel aber gab es keine Rückkehr in politische Ämter. Er versah seinen Redaktionsposten, der ihn freilich dauernd in strube Kämpfe verwinkelte, die in Bünden durch das allmähliche Aufkommen der Sozialdemokratie und eines sozial orientierten Flügels in der liberalen Partei an Heftigkeit nichts vermissen ließen. Später wurde Gengel von einer Krankheit ereilt, die seine Kraft untergrub. Und Rettung recht eigentlich für seine Zeitung bedeutete deshalb im Jahre 1892 deren Verschmelzung mit den «Bündner Nachrichten», dem Blatt des tüchtigen, zeitaufgeschlosenen Fritz Manatschal, dem vergönnt war, den «Freien Rätier» zum einwandfrei führenden Blatt Bündens zu entwickeln. Gengel selbst verstarb im Jahre 1905.

\*

Wir haben jedoch noch einmal zu jenem Zeitabschnitt zurückzukehren, der, wie wir vermerkten, in Bünden ein mehr als zehnjähriges Übergewicht der Konservativen Partei einleitete: zum Beginn der achtziger Jahre. Nichts wäre freilich verfehlter, als wollten wir der damaligen Konservativen Partei einen konfessionellen Anstrich geben. In Wirklichkeit standen in diesem Gefüge die Protestanten zunächst deutlich in Führung, unter ihnen Män-

ner, deren Name ausgezeichneten Klang besaß. Und konservative Hochburgen fanden sich im protestantischen Prättigau, in der Herrschaft usw. ebenso ausgeprägt wie im katholischen Oberland. Nun aber, Anno 1881, betrat ein junger Politiker der Cadi die Bühne der hohen eidgenössischen Politik, nachdem er vier Jahre zuvor, zweiundzwanzigjährig, die Mistralwürde seines Heimatkreises erworben hatte: *Caspar Decurtins*. Sein Name, sein Wesen, sein ungezügeltes Temperament, seine Gesinnung, die Art seines Politisierens bedeuteten einen Wendepunkt in der bündnerischen, aber bald auch in der eidgenössischen Politik. Jede knappe Zeichnung dieses eigenwilligen Mannes, eines genialen Menschen, der beherrschte war von verzehrendem Temperament, muß zu einer Verzeichnung führen. Denn Gegensätzliches wies Decurtins die Fülle auf; er besaß in sich die Kräfte eines großen Gestalters und eines nicht minder großen Zerstörers. Begnügen wir uns mit dem Hinweis, daß uns Karl Fry die wohl gültige Biographie dieses einmaligen Menschen geschenkt hat, und halten wir fest: neben Planta, Bavier und andern, die vor ihm da waren und die nach ihm kamen, hat Decurtins in der eidgenössischen Politik das Gewicht Bündens kräftig vermehrt. Als Sozialpolitiker eilte er seiner Partei weit voraus, und als extremer Föderalist hinkte er seiner Zeit beträchtlich nach. In Graubünden selbst bewirkte Decurtins eine rasche und geschlossene Überführung des gesamten Oberlandes in das konservative Lager, indem er die liberalen Ideen aus allen Bezirken seines Heimattales verbannte. In Bern aber paktierte er nicht selten mit den linksstehenden Demokraten und Grütlianern. Sein Elan, seine Beredsamkeit waren so groß, das Gewicht seiner parlamentarischen Tätigkeit so bedeutend, daß ihm im Jahre 1902 das wichtige Amt des Fraktionschefs der Katholisch-konservativen Partei anvertraut wurde. Er besaß damit eine Schlüsselposition und hätte in ihr wichtigste Entscheidungsgewalt besessen. Doch war ihm nicht vergönnt, die Ernte seines Schaffens zur Reife zu bringen. Schon im Jahre 1905 schied er aus der Politik aus, kurzschnüßartig, verbit-

tert, angefochten und nur von wenigen anerkannt, vor sich lediglich noch elf Schaffensjahre, die er in stetem Hin und Her zwischen Fribourg und Trun als Gelehrter und unermüdlicher Förderer seiner Chrestomatie verbrachte.

Im Jahre 1885 war als zweitem Bündner dem Unterengadiner *Andrea Bezzola* vergönnt, den Nationalrat zu präsidieren, und in der gleichen Periode bekleidete Gaudenz Olgiati das Präsidium des Bundesgerichtes. Die Präsidialwürde für Nationalrat Bezzola bildete für diesen die Krönung einer steilen politischen Erfolgskurve, wobei beachtlich war, daß der sympathische Volksmann, der sich u. a. als Dichter einen guten Ruf erworben hatte, erst vier Jahre zuvor in die Volkskammer eingetreten war. Es mag dies auffallen, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß die damals fünfköpfige Bündner Delegation im Nationalrat ein viel größeres Gewicht an sich besaß als die heutige. Denn der damalige Nationalrat wies lediglich 130 Mitglieder auf, heute aber zählt er 200. Durch die Entwicklung, nämlich die unerhörte Bevölkerungszunahme der volksreichen Kantone, ist eine Verschiebung zuungunsten der volksschwachen Kantone eingetreten, und unbegreiflicherweise hat inzwischen die Revision des Artikels 72 der Bundesverfassung erneut die volksarmen Kantone in ihren Vertretungsrechten gekürzt.

\*

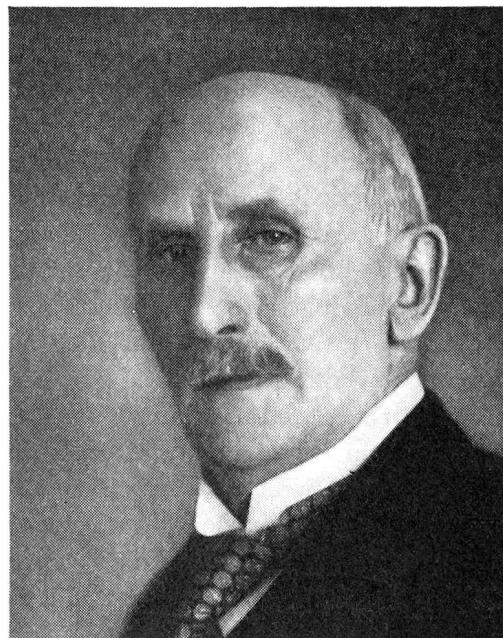
Zu Beginn der neunziger Jahre traten sowohl im Bund als auch im Kanton Graubünden wichtige parteipolitische Verschiebungen ein, die sich aber interessanterweise gerade entgegengesetzt waren: In der Dezembersession der Bundesversammlung von 1891 wurde mit dem Luzerner Joseph Zemp erstmals ein Katholisch-Konservativer in den Bundesrat gewählt, womit die bisherige radikale Allgewalt durchbrochen war – eine Entwicklung, die schon längst als überfällig betrachtet hatte werden müssen; doch pflegen normalerweise politische Entscheidungen, die Sessel kosten, erst nach der Überreife zu fallen. Im Kanton Graubünden leitete indessen das Jahr 1891

eine gegenläufige Entwicklung ein: die Freisinnige Partei wurde unter der Führung des jungen *Felix Calonder* gegründet, und auf diese Weise, durch kluge organisatorische Zusammenfassung aller liberalen Kräfte, gelang es endlich, die konservative Vorherrschaft im Kanton zu brechen. Die Neuorientierung fand in den bündnerischen Abstimmungszahlen der Jahre nach 1890 deutlichen Niederschlag. Während in den siebziger und achtziger Jahren eine gegenüber Bern eher negative Einstellung sich durch die Verwerfung oder durch die nur ganz knappe Annahme wichtiger Vorlagen bekundete (z. B. die Abstimmung betr. Art. 65 BV über das Verbot der Todesstrafe für politische Vergehen oder die Abstimmung von 1887 betr. den Erfinderschutz), zeigte sich seit dem Beginn der neunziger Jahre eine freundlichere Stimmung, so daß unser Kanton in der denkwürdigen Abstimmung des Jahres 1898 betr. die Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechtes zu den annehmenden Ständen zählte. Auch die scharf umstrittene Einführung der Volksinitiative im Bund (Abstimmung vom 5. Juli 1891) fand in Graubünden deutliche Annahme, während freilich die Vorlagen von 1900 und 1910 über die Einführung des Proporz bei den Nationalratswahlen in Bünden so wenig Gegenliebe fanden wie in den meisten anderen Kantonen. Erst in der Abstimmung des Jahres 1918 schaute ein ganz knappes Ja heraus.

Doch pflegt ein politischer Kurswechsel sich nicht in erster Linie in Sachfragen zu manifestieren, als vielmehr bei Wahlen. Denn ein guter Teil der erfolgreichen Parteipolitik besteht doch darin, Sessel zu erobern. Nun, die Calondersche Strategie bewirkte Wahlerfolge fast automatisch. Die Großratswahlen verliefen seit 1891 für den Freisinn immer erfolgreich, und nie mehr fortan stand die liberale Mehrheit von Seiten der Konservativen ernstlich in Gefahr. Bei den Ständeratswahlen des Jahres 1892 aber wurde erstmals nach vielen Jahren wieder ein Liberaler als Standesvertreter erkoren. Es handelte sich um *Luzius Raschein* von Malix, der als Kreispräsident, Regierungsrat, Nationalrat und Kantonsgerichtspräsident damals große Popularität genoß und solide

Arbeit leistete. Bis zu seinem im Jahre 1899 erfolgten Ableben gehörte Raschein der Ständekammer an, die er im Amtsjahr 1897/98 als zweiter Bündner präsidierte durfte.

Besonders wichtig wurde nun aber für den Kanton die Ablösung Rascheins. Sie brachte, man darf sagen: fast zwangsläufig den noch



Dr. Felix Calonder

jungen, erst sechsunddreißigjährigen *Dr. Felix Calonder* zum Zug, der acht Jahre zuvor in die kantonale Politik eingetreten war und durch seine Talente, seine Fähigkeiten und politische Begabung der eigentliche Begründer der Freisinnigen Partei geworden war. Selten pflegt politische Rührigkeit den gebührenden Dank nach sich zu ziehen, Calonder jedoch hat ihn erfahren und, das ist sofort beizufügen, auch gerechtfertigt. In Bern fiel der Bündner sofort auf; sein Auftreten verriet jenes kluge Mittelmaß zwischen Fortschrittlichkeit und Bedachtlosigkeit, wie es erfolgreiche Staatsmänner in ruhigen Zeiten kennen müssen. Seine Beredsamkeit war groß, seine Arbeit zeigte den gründlichen Schaffer, und in seinen Voten bewies er nicht selten echte staatsmännische Weitsicht. Als sehr ernstes Hindernis für den raschen Erfolg in Bern erwies sich freilich das Engagement Calonders in der Bahnfrage. Calonder

war — und darin teilte er das Schicksal der gesamten bündnerischen Politikergeneration — leidenschaftlicher Splügenbahnverfechter, saß in den maßgebenden Komitees und wirkte mit der ganzen Hingabe noch immer für die Realisierung des Splügens, auch nachdem eine andere Beurteilung der Verhältnisse, als sie 50 Jahre zuvor bestanden hatten, sich aufdrängte. Diese seine Splügenpolitik machte ihn bei den Gotthardkantonen mehr als unpopulär: verdächtig, obwohl die Zentralschweiz ihre Ernte ja längst unter Dach gebracht hatte. Die Kleinheit unseres Landes ist nicht selten begleitet von großer Kurzsichtigkeit, und in der offiziellen Gotthardpolitik erwies sich dies besonders kraß. Dieses Mißtrauen der Gotthardkantone richtete sich unausgesetzt gegen die Bahnvertreter der Ostschweiz. Doch ungeachtet dieser Beschwernisse vermochte sich der konziliante Bündner durchzusetzen. Im Jahre 1912 finden wir ihn auf dem Präsidentenstuhl des Ständerates, und im gleichen Jahr wird der Bündner bei der Ersatzwahl für den ausscheidenden Deucher als Bundesratskandidat portiert. Doch macht der Aargauer Schultheß das Rennen. In Graubünden herrschen Mißmut und Gekränktheit. Im folgenden Jahr aber schon glückt der Sprung doch: bei der Ersatzwahl für den verstorbenen Neuenburger Perrier wird Calonder ehrenvoll in den Bundesrat gewählt.

Die Stellung Bündens in Bern ist mit dieser Wahl recht stark geworden. Denn unser Kanton hat noch andere wichtige Positionen im Bundeshaus inne. Vor allem ist von entscheidender Bedeutung, daß seit dem 1. Mai 1905 als Generalstabschef *Theophil v. Sprecher* wirkt. Dessen Tatkraft und hohes Ansehen helfen entscheidend, die wichtige neue Militärorganisation des Jahres 1907 unter Dach zu bringen. Darüber hinaus trifft Sprecher, der mit klarer, nüchternen Voraussicht den großen europäischen Krieg kommen sieht, die taktischen und materiellen Vorbereitungen für den Ernstfall in einer Art und Weise, die ihn auf seinem Posten geradezu unentbehrlich macht.

Aber zu jener Zeit nahm gerade in der Militärverwaltung noch ein zweiter Bündner

eine bedeutende und kraftvolle Stellung ein: *Dr. h. c. Leonz Held*, von Chur, der in den Jahren 1902 bis 1920 als Direktor der Abteilung für Landestopographie beim Militärdepartement wirkte. Held, von Beruf Geometer, war ein meisterhafter Kartograph, und die von ihm bearbeiteten Siegfriedblätter galten als Muster der schweizerischen Kartographie. Held legte aber auch sonst den Grundstein für die nachfolgende Entwicklung, die der Schweiz den weltweiten Ruf des besten Kartenwerkes verschaffte.

Neben Sprecher und Held wirkten in der damaligen Bundesverwaltung noch weitere Bündner erfolgreich. Wir nennen etwa *Prof. R. v. Salis*, der in der Justizabteilung tüchtiges leistete, den Maienfelder *Anton Stäger*, der von 1909 bis 1918 als Oberpostdirektor wirkte, und andere. Und nach dem Amtsantritt Bundesrat Calonders brach sogar so etwas wie ein zusätzliches Frühlingserwachen aus, indem nunmehr verschiedene tüchtige Köpfe aus Bünden herangezogen wurden und damit Aufstiegsmöglichkeiten erhielten. Namen wie jener von *Dr. U. Stampa* (späterer Chef des Eidg. Zivilstandsamtes), *Dr. Carl Mutzner* (Chef des Wasserwirtschaftsamtes), *Dr. Peter Alexander* (Polizeiabteilung), Minister *Dr. Peter Feldscher* sind mit dem Wirken Bundesrat Calonders verbunden.

Aber sogar im politischen Bereich zog der Erfolg Calonders rasch anderes nach sich. Sein langjähriger Antipode *Dr. Alfred v. Planta*, ein protestantischer Konservativer ähnlich wie *Theophil v. Sprecher*, der seit 1896 dem Nationalrat angehörte, wurde im Dezember 1913 dessen Präsident (als dritter Bündner). Und nach Ausbruch des ersten Weltkrieges erhielt der konservative Bündner Ständerat *Dr. Friedrich Brügger* die außerordentlich wichtige Funktion des Generaladjutanten zugewiesen, der vor allem für eine möglichst gute Verbindung zwischen der Armeeleitung und den zivilen Behörden besorgt sein mußte.

Bundesrat Calonder hatte das Departement des Innern zu übernehmen, das er bis zum Jahre 1918 beibehielt. Im allgemeinen galt schon damals das Departement des Innern als

eher ruhiger Posten. Doch sind in ihm wichtige Sparten vereinigt, und Calonders Tatkraft führte dazu, daß bedeutende Sachgeschäfte wirkungsvoll befördert wurden. Unter seiner Leitung kam z. B. der Bundesbeschuß betr. die Schaffung des Nationalparkes zustande, und sodann verabschiedete das Parlament nach reiflicher Beratung das in das Calondersche Ressort fallende, gut vorbereitete Wasserwirtschaftsgesetz. Seine eigentliche Begabung konnte jedoch erst so recht in Erscheinung treten, als Calonder in seinem Präsidialjahr das Politische Departement zugeteilt erhielt. Das war im letzten Kriegsjahr, 1918, der Fall. Jetzt zeigten sich Calonders Fähigkeiten. Das Politische Departement war in jener Zeit mit hochbedeutenden Missionen und Aufgaben belastet, offiziellen und inoffiziellen, die vom Departementsvorsteher nicht nur ein vollgerüttelt Maß an Arbeit, sondern vieles an Takt, diplomatischem Geschick und rascher Entschlußkraft verlangten. Das Kriegsende brachte neue Probleme und Belastungen die Fülle, auch innenpolitische, wenn wir uns etwa an den Generalstreik erinnern. Calonder war indessen zum Staatsmann geworden, den die Ereignisse nicht beherrschten, sondern der über ihnen stand. In Anbetracht der Wichtigkeit des Amtes behielt Calonder das Politische Departement in der Folge bei und fand dann Gelegenheit, sich namentlich der Völkerbundfrage anzunehmen. Nach anfänglichen Hemmungen war er zu einem warmen Befürworter der Völkerbundsidee geworden und betrachtete einen Beitritt der Schweiz zu diesem ideell großartigen Gebilde als Notwendigkeit. Darob setzte es sowohl im Parlament wie auch nachfolgend in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung ab von einer Leidenschaftlichkeit, wie sie nur selten stattfindet, nur dann, wenn wirklich die letzten Grundtiefen der politischen Volksseele angesprochen werden. Calonders Beitrag in diesen Kämpfen war überaus groß und bedeutend, das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit warf er in die Waagschale, und er wuchs erst recht mit der kräftigen Opposition seiner Gegner über sich hinaus. Im Ständerat greift der Landsmann Dr. Friedrich Brügger,

der im Jahre 1919 die Ständekammer präsidiert, vom Präsidentensitz herab in die Debatte ein und warnt in eindringlichen Worten vor einem Beitritt zum Völkerbund. Doch gelingt es Calonder, alle Widerstände zu überwinden. In der nachfolgenden eidgenössischen Volksabstimmung aber wird der Heimatkanton Calonder, Graubünden, gewissermaßen zum Schicksalskanton, denn das Ständemehr ist äußerst fraglich. Die bedeutenden liberalen Kantone Zürich, Solothurn, Basel, St. Gallen, Aargau verwerfen. Doch Graubünden nimmt an mit 12 343 Ja gegen 10 797 Nein. Und es wird erzählt, daß in Genf eine vieltausendköpfige Volksmenge bis tief in die Nacht hinein auf das Ergebnis wartete und in grenzenlosen Jubel ausbrach, als endlich das erlösende Bündner Resultat eintraf. Ohne Bünden wäre der Beitritt erledigt gewesen, und ohne Calonder hätte Bünden niemals angenommen.

Mit dieser Auseinandersetzung aber war die Kraft Calonders erschöpft. Auf ärztlichen Rat hin glaubte er sich zur Demission entschließen zu müssen. Er wurde im Februar 1920 durch Bundesrat Häberlin ersetzt. Eine Rückkehr Calonders in die kantonale Politik, wo er seit 1913 eine empfindliche Lücke hinterlassen hatte, war nicht möglich. Und so begann mit dem Jahr 1919 in Graubünden eine neue politische Aera, die Epoche, in welcher die Demokratische Partei ihrer Mutterpartei das Feld streitig machte und sie im Verlauf von zwanzig Jahren weit zurückdrängte. Im Jahre 1919 hatte der Bündner Freisinn in Bern noch vier der acht Mandate inne, zwanzig Jahre später war es noch deren eines. Im Jahre 1925 eroberten die Demokraten ein erstes Berner Mandat, 14 Jahre später, im Jahre 1939, aber hatten sie vier inne. Es verhält sich in der Politik ähnlich wie im Naturgeschehen: alles fließt, alles unterliegt dem Wechsel. Auf und Ab folgen sich in ständigen Bewegungen, und nichts spricht dafür, daß es je anders sein könnte.

Nachzutragen ist freilich, daß das liberale Ständeratsmandat bis zum Jahre 1935 der historischen Partei erhalten blieb. Es befand sich fest in der Hand des bewährten Andreas

Laely, der seit 1915 die kantonalen Interessen in der Ständekammer vertrat und in Bern bedeutendes Ansehen genoß. Laely war aber doch wohl zu wenig Kämpfer, und die Stoßkraft seiner Persönlichkeit reichte nicht aus, seiner Partei jene Impulse zu verleihen, die erforderlich gewesen wären, um die Auseinandersetzung mit den vordringenden Jungen, welche sich inzwischen selbstständig gemacht hatten, erfolgreich zu bestehen. Und so wurde denn Andreas Laely gewissermaßen zum Zeugen für die Vergänglichkeit alles Politischen. Seine Partei trat notgedrungen den Rückzug an.

Die innerpolitische Gewichtsverlagerung wirkte natürlich auf das Verhältnis zwischen Graubünden und der Eidgenossenschaft zurück. Aus dem überwiegend liberalen Kanton, der unter Calonder zu einer sicheren Stütze des schweizerischen Freisinns geworden war, wurde nun wieder ein Oppositionskanton, und lebhaft werden wir an die Zeiten der ersten Jahrzehnte des Bundesstaates erinnert, da in Bern bedeutende Bündner als kräftige Oppositionspolitiker gewirkt hatten. Die Zeiten waren inzwischen freilich andere geworden, aber im Grundsätzlichen ging es nach wie vor um dieselben Probleme. Die Tätigkeit der demokratischen Vertreter in Bern ist gekennzeichnet durch ihren Kampf gegen die offizielle Wirtschaftspolitik, gegen die Dringlichkeitsdiktatur des Parlamentes, die autoritativen Tendenzen, welche sich in den dreißiger Jahren abzeichneten, und namentlich durch das kraftvolle Einstehen für die Interessen des notleidenden Heimatkantons. Schritt für Schritt gelang es namentlich, Verbesserungen im Finanzausgleich zu erwirken, und wenn in den letzten Jahren im Bundeshaus in aller Form der «Sonderfall Graubünden» anerkannt wurde, so ist dies weitgehend doch wohl auf die unentwegte Aufklärungspolitik der demokratischen Opposition zurückzuführen.

Doch mag es mit diesen wenigen Hinweisen genügen. Politik soll in diese Blätter nicht hineingetragen werden. Lediglich sei der Vollständigkeit halber vermerkt, daß das Ansehen und Gewicht Bündens in Bern in der Zeit-

epochen nach 1920 wohl nicht geringer, sondern wahrscheinlich stärker geworden ist. Denn neben der demokratischen Vertretung hat namentlich die katholisch-konservative erfolgreich gewirkt. Und im Gegensatz zur demokratischen Oppositionsgruppe erreichten einzelne Katholisch-Konservative wichtige politische Positionen. Das ist namentlich von *Dr. Joseph Condrau* zu sagen, der sowohl Präsident des Nationalrates war als auch Präsident seiner Fraktion, der größten der Bundesversammlung. Ein tüchtiger Bündner Konservativer aber, alt Ständerat *Dr. J. Willi*, versah während entscheidender Jahre die Leitung des wichtigen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Sein indirekter Nachfolger, *Dr. Holzer*, ist wiederum ein Bündner.

Auch abstimmungspolitisch herrschte in den vergangenen Jahrzehnten, vorwiegend seit den Jahren des zweiten Weltkrieges, in Graubünden ein für Bern günstiges Klima. Mehr und mehr ging die moderne eidgenössische Finanzpolitik dazu über, einen Ausgleich zugunsten der finanzschwachen Kantone zu schaffen, und darum lautet die richtige Devise: Je kräftiger der Bund ist, um so eher kann er helfend und ausgleichend wirken. Ja, man darf sagen, daß, von diesem Gesichtspunkt aus beurteilt, heute Graubünden, das an erster Stelle der finanzschwachen Kantone steht, ein lebenswichtiges Interesse hat, in Bern aktiv und aufbauendkonstruktiv in Erscheinung zu treten, nicht nur als Empfänger, sondern auch als Geber. In diesem Sinne wäre es hoherfreudlich gewesen, wenn die politischen Geschicke erlaubt hätten, den dritten Bündner in den Bundesrat zu delegieren. Nachdem diese Hoffnung vorläufig zerrann, sollte unser Bestreben darin bestehen, in Bern über alle Schranken hinweg in vermehrtem Maß Solidarität zu üben, über dem gemeinsam zu Erstrebenden die gegenseitlichen parteipolitischen Auffassungen zurücktreten zu lassen. Denn noch ist Wichtiges zu tun und zu erreichen, und wenn irgendwo, so ist es in der Politik die Devise des «Getrennt Marschierens und vereint Schlagens», die als wirksamste Taktik zu gelten hat.



PONZIANO TOGNI: ALTE HÄUSER IM VELTLIN